

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE Initiativen im Landtag vor.

Aktuell setzen wir uns im Landtag für die Förderung von [Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke](#), eine ausreichende und verlässliche Finanzierung der [Schwangerschaftsberatung](#) in Sachsen und eine generationengerechte und barrierefreie [Quartiersentwicklung](#) ein. Unsere Fraktion hat eine Große Anfrage zu [Lebenslagen von ‚allein erziehenden‘ Eltern und ihren Kindern](#) eingereicht. Der GRÜNE Antrag ‚[Notfallrettung in 12 Minuten?](#)‘ war Thema einer Anhörung. Kontrovers diskutiert wurde im Landtag über [Kinderehen in Sachsen](#), die [Kampagne des Sozialministeriums „Behindern verhindern“](#) und die [Gesundheitsversorgung](#) im Freistaat. Außerdem geben wir eine [erste Einschätzung zum Doppelhaushalt 2017/18 aus GRÜNER Sicht](#). Nachgefragt habe ich zum [barrierefreien Notruf für Gehörlose und Schwerhörige](#). In diesem Newsletter ist ein [Rückblick zum 10. Klimakongress](#) zu finden, ebenso wie unsere [zwölf GRÜNEN Ziele für Sachsen](#) rund um die Themen Ökologie, Vielfalt und (Chancen-) Gerechtigkeit - kurz und knapp zusammengefasst.

Über Rückmeldungen freue ich mich.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.

GRÜNER Antrag zu Hilfen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen im Sozialausschuss unterstützt

Derzeit wird die Förderrichtlinie Psychiatrie und Sucht in Zuständigkeit des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz überarbeitet. Die GRÜNE-Fraktion hat einen Antrag zur "Förderung von Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke" eingereicht, der in weiten Teilen die von Kommunen und Einrichtungen an uns herangetragene Kritik aufgreift. Darin fordern wir die Staatsregierung auf, die Zuschusshöhe des Landes, die derzeitigen Standards und Qualitätskriterien sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung im Zuge der Novellierung zu gewährleisten. Wir konnten den Sozialausschuss im Oktober davon überzeugen, dass der Landtag über den aktuellen Stand und den konkreten Inhalt der geplanten Änderungen unterrichtet wird. Das ist selten, denn der Fördervollzug liegt in Verantwortung der Ministerien. Ich erwarte, dass Ministerin Barbara Klepsch (CDU) die Kritik ernst nimmt und die drohende Verschlechterung der Hilfsangebote abwendet.

- [GRÜNER Antrag 'Förderung von Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke'](#)
- [Stellungnahme des Sozialministeriums zum GRÜNEN Antrag](#)

Zu hoher Eigenmittelanteil von Schwangerschaftsberatungsstellen in Sachsen

Die Sicherstellung eines professionellen, flächendeckenden und vielfältigen Beratungsangebotes für Schwangere ist Aufgabe der Bundesländer. Doch die Finanzierung der Beratungsangebote für schwangere Frauen in Sachsen ist auf Kante genäht. Die Staatsregierung reizt ihren gesetzlichen Spielraum voll aus und verpflichtet alle Beratungsstellen einen Eigenanteil von 20 Prozent zu erwirtschaften. Das ist kaum leistbar, weil Frauen diese Beratungsleistung nur kurze Zeit in der Schwangerschaft oder in einer akuten Krisensituation nutzen. Die Bereitschaft zu spenden bleibt daher gering, weitere Einnahmen zu erzielen, ist nicht möglich. Darauf weisen die Beratungsstellen seit Jahren hin. Überdenkt die Staatsregierung ihre Haltung nicht, müssen die Beratungsstellen weiterhin an den Personalkosten und den Sachkosten für Weiterbildung und Supervision sparen, um die notwendigen Gelder aufzubringen. Die LIGA der freien Wohlfahrtsverbände hat deshalb bereits im August Alarm geschlagen. Bei einem Vor-Ort-Gespräch in der Beratungsstelle der Stadtmission Chemnitz habe ich mir ein Bild von der Lage verschafft. Die Mitarbeiterinnen arbeiten an der Belastungsgrenze. Nicht die Fallzahlen, sondern der Beratungsaufwand ist erheblich gestiegen. Unsere Fraktion setzt sich im Rahmen der laufenden Haushaltsverhandlungen für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung der Schwangerschaftsberatung in Sachsen ein. Unsere Fraktion hat dazu einen Änderungsantrag eingebracht.

- [Pressemitteilung zur Kritik der LIGA am hohen Eigenmittelanteil von Schwangerschaftsberatungsstellen](#)
- [Kleine Anfrage: Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Haushaltsjahr 2015](#)
- [Redebeitrag zur selbstbestimmten Schwangerschaft](#)

Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen in jedem Alter - Expertenanhörung im Sozialausschuss zum GRÜNEN Antrag

Der GRÜNE Antrag 'Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen in jedem Alter' zielt auf eine generationengerechte und barrierefreie Quartiersentwicklung und fordert die Staatsregierung auf, dies zu fördern. Dafür braucht es eine Handlungsstrategie, die Maßnahmen bündelt und Finanzierungslücken ausgleicht. Im September fand dazu eine Expertenanhörung im Sozialausschuss statt. Dort fand unser Ansatz Unterstützung.

Ein beispielhaftes Förderprogramm stellte Ursula Teich, Referentin im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Nordrhein-Westfalen vor. Unterstützungsbedarf durch das Land wurde auch von Herrn Dr. Viehweger, Vorstandsmitglied im Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e.V. (VSWG) angezeigt.

- [GRÜNER Antrag: Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen in jedem Alter – Programm zur Förderung generationengerechter, barrierefreier Quartiere in Sachsen schaffen](#)
- [Pressemitteilung zur Expertenanhörung im Sozialausschuss](#)

Große Anfrage zu Lebenslagen von „allein erziehenden“ Eltern und ihren Kindern in Sachsen

Alleinerziehende Mütter und Väter verdienen eine besondere Aufmerksamkeit. Sie haben besondere Bedürfnisse, u.a. bei der Gestaltung ihrer Arbeitssituation und der Kinderbetreuung und benötigen spezielle Unterstützungsangebote. Uns GRÜNEN geht es um die vielfältigen Lebenssituationen und Familienformen, um bedarfsgerechte, landespolitische Lösungsansätze wie Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote zu erarbeiten. Deshalb hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Große Anfrage eingereicht, die die Lebenslagen von Alleinerziehenden in Sachsen und deren Kindern in den Blick nimmt.

- [Große Anfrage](#)
- [Redebeitrag zum Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende](#)

Notfallrettung in 12 Minuten? - Anhörung zum GRÜNEN Antrag im Landtag

Das Rettungsdienstgesetz in Sachsen sieht eine Hilfsfrist von zehn Minuten vor. Diese Vorgabe ist erfüllt, wenn 95 Prozent der Einsatzfahrzeuge binnen 12 Minuten am Einsatzort eintreffen. Die Antworten auf meine Anfragen dazu zeigen, diese Fristen werden seit 2013 nicht mehr aussagekräftig erfasst. Auch 2016 werden voraussichtlich keine Daten erfasst bzw. analysiert werden können. Mit dem Antrag 'Notfallrettung in 12 Minuten? - Rechtswidriger Zustand bei der Erhebung der gesetzlichen Hilfsfristen in Notfällen unverzüglich beenden' fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Innenminister auf, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den rechtswidrigen Zustand bei den Rettungsdiensten zu beenden. Die Anhörung hat verschiedene Probleme in diesem Bereich aufgezeigt. Das Innenministerium ist als oberste Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörde für die Kontrolle der Hilfsfristen zuständig und muss im Rahmen der Aufsicht tätig werden.

- [GRÜNER Antrag: Notfallrettung in 12 Minuten? - Rechtswidriger Zustand bei der Erhebung der gesetzlichen Hilfsfristen in Notfällen unverzüglich beenden](#)
- [Pressemitteilung zur Anhörung](#)

- [Pressemitteilung: Staatsregierung kann bis Ende 2016 keine Auskunft geben, ob Notfallrettung in 12 Minuten in Sachsen gewährleistet ist](#)
- [Pressemitteilung: Rettungsdienst kommt in knapp 15 Prozent aller Fälle in Sachsen zu spät](#)
- [Kleine Anfrage: Interventionszeiten im Rettungsdienst](#)
- [Kleine Anfrage: Notarztversorgung in Sachsen](#)
- [Kleine Anfrage: Erhebung von Hilfsfristen im Rettungsdienst](#)

Kontroverse Debatte zum Thema Kinderehen in Sachsen

Kinderehen und Zwangsverheiratungen sind mit unseren Grundrechten und demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar. Alle demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag haben sich im September klar dagegen ausgesprochen. Jedoch bedarf es einer differenzierten Betrachtung, um den durch Kinderehen verursachten Problemen zu begegnen. Es braucht Aufmerksamkeit und eine handlungsfähige Jugendhilfe. Derzeit befasst sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Thema, um gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu untersuchen. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat das Thema im September und Oktober aufgegriffen. Die kontroverse Debatte - angeführt von Frauke Petry - hat mir deutlich gezeigt, worum es ihr tatsächlich geht: Nicht um den Schutz und das Wohl von Mädchen, sondern um Stimmungsmache gegen den Islam.

- [Redebeitrag zur aktuellen Debatte im Landtag](#)
- [Redebeitrag zum Antrag der AfD auf Verhinderung von Kinderehen](#)

„Behindern verhindern“ - Aktuelle Debatte zur Kampagne für Inklusion in Sachsen

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde vor sieben Jahren in Deutschland ratifiziert. Nun beginnt Sachsen endlich, sich auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft zu machen. Die Motive hinter dem Kampagnen-Slogan 'Behindern verhindern' sind begrüßenswert. Dennoch sehe ich diesen sächsischen Vorstoß mit Skepsis. Denn es fehlt der Blick über den Tellerrand und von einem echten Willen zur Verbesserung der Inklusion in Sachsen ist nur wenig zu spüren.

Dies zeigt sich beim Blick auf das Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung eines Landesaktionsplanes, das von Behindertenverbänden als ein Alibi empfunden wird. Und das zeigt sich vor allem bei der laufenden Novellierung des Schulgesetzes, wo echte Weichenstellungen für ein inklusives Bildungssystem nicht erkennbar sind.

- [Redebeitrag zur Aktuellen Debatte](#)

Gesundheitsversorgung in Sachsen

Der demografische Wandel bringt große Herausforderungen mit sich, dies offenbart sich beim Thema Gesundheitsversorgung in besonderem Maße. Ein Gutachten zum Versorgungs- und Ärztebedarf in Sachsen, das dem Sozialausschuss im Sommer vorgelegt wurde, zeigt den konkreten Ärztebedarf in den Regionen Sachsens und macht die Dringlichkeit des Themas deutlich. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE per Antrag von der Staatsregierung einen 'Integrativen Gesundheits-/Ärzteversorgung-Maßnahmenplan 2017' gefordert. Auch unsere Fraktion sieht den Freistaat in der Pflicht, eine wohnortnahe Gesundheits- und Ärzteversorgung zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund der Grenzen staatlicher Einflussnahme auf das durch Selbstverwaltung organisierte Gesundheitswesen wollen wir die Debatte um Sachsens Gesundheitsversorgung jedoch nicht nur im Ministerium, sondern breiter führen. Angesichts der Komplexität des Themas muss dabei Sorgfalt vor Tempo gehen.

- [Redebeitrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE 'Wohnortnahe Haus- und Facharztversorgung sowie ambulante Heil- und Gesundheitsversorgung als Teil der sozialen Daseinsfürsorge sichern!'](#)
- [Redebeitrag zur Weiterentwicklung der Gesundheitsziele in Sachsen](#)

Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 im Sächsischen Landtag

Im Sommer hat die CDU/SPD-Staatsregierung einen ersten Entwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 vorgelegt. Nach einer ersten Diskussion im Plenum laufen nun die Beratungen in den Fachausschüssen, bis Mitte Dezember der Sächsische Landtag über den Doppelhaushalt beschließen wird. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Leitlinien zum Haushalt beschlossen, bei denen eine gerechte Verteilung des Geldes, Nachhaltigkeit und Ökologie sowie die Vielfalt von Arbeits- und Lebenskonzepten im Vordergrund stehen. Daran gemessen kommt die GRÜNE-Fraktion zum Ergebnis, dass die Staatsregierung sich den Fragen der Zukunft nur inkonsequent und viel zu spät stellt. Über die Änderungsanträge unserer Fraktion im Bereich Soziales und Gesundheit werde ich im kommenden Newsletter berichten.

- [Landtag beginnt mit Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 für Sachsen](#)
- [Redebeitrag zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/2018](#)
- [Entwurf des Haushaltsplans 2017/18: Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz](#)
- [Mehr zum Thema: Wir \(er\)klären den Haushalt](#)

Nachgefragt: Barrierefreier Notruf für Gehörlose und Schwerhörige

Eine MDR-Umfrage ergab, dass weder in Thüringen, noch in Sachsen oder Sachsen-Anhalt in den Notrufzentralen SMS-Nachrichten oder App-Notrufe empfangen werden können. Ich habe bei der Staatsregierung nachgefragt. Sie schiebt die Verantwortung an den Bund ab, keiner fühlt sich richtig zuständig. Die Antworten sind für die Betroffenen enttäuschend. Ein zentraler, deutschlandweiter, kostenfreier sowie einfacher Notruf für Gehörlose wäre die beste Lösung.

- [Kleine Anfrage: Notruf-SMS \(110-112\) für gehörlose und hörbehinderte Bürgerinnen und Bürger](#)
- [Kleine Anfrage: Notruf-Fax \(110-112\) für gehörlose und hörbehinderte Bürgerinnen und Bürger](#)
- [Kleine Anfrage: Kosten- und barrierefreier Notruf für gehörlose und hörbehinderte Bürgerinnen und Bürger](#)

Rückblick zum 10. Sächsischen Klimakongress 2016

Das Ende 2015 verabschiedete Klimaabkommen von Paris ist am 4. November 2016 in Kraft getreten. Die Bundesregierung hat ein Klimaschutzkonzept vorgelegt, das den Rahmen für die nächsten zehn Jahre vorgeben soll. Was das für Sachsens Klimapolitik bedeutet haben wir mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten diskutiert. Zu Gast waren u.a. Dr. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Anja Siegesmund, Umweltministerin in Thüringen.

- [Rückblick zum 10. Klimakongress: "Vom Verhandeln in Paris zum Handeln in Sachsen"](#)

GRÜNE Ziele für Sachsen

Warum braucht Sachsen eine starke GRÜNE-Fraktion im Landtag? Unsere Antwort auf diese Frage sind zwölf zentrale GRÜNE Ziele rund um die Themen Ökologie, Vielfalt und (Chancen-)Gerechtigkeit, für die wir mit Herzblut streiten.

- [Darum GRÜN! GRÜNE Ziele für Sachsen](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Ju-
gend, Familie, SeniorInnen, Soziales und Ge-
sundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
volkmar.zschocke@slt.sachsen.de

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit
Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
anne.kobes@slt.sachsen.de

www.volkmar-zschocke.de

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes
Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de